



HESSISCHER LANDTAG

19. 01. 2022

Plenum

Entschließungsantrag

Fraktion der SPD

Ablehnung der Einstufung von Investitionen in Atomkraft als klimafreundlich

Der Landtag wolle beschließen:

1. Der Landtag stellt fest, dass der Atomausstieg in Deutschland und damit in Hessen der richtige, notwendige und mit einer der entschiedenen Schritte hin zu einer zukünftigen vollständigen Deckung des Energieverbrauchs aus erneuerbaren Energien ist.
2. Der Landtag erwartet, dass die Hessische Landesregierung Anlagen am Kapitalmarkt bei Investoren unterlässt, die an entsprechenden Investitionen in Verbindung mit Atomkraft beteiligt sind.
3. Der Landtag erwartet, dass sich die Hessische Staatsministerin für Bundes- und Europaangelegenheiten und Bevollmächtigte des Landes Hessen beim Bund auf europäischer Ebene gegen die aktuellen Pläne der EU-Kommission, Atomkraft als förderwürdig einzustufen, einsetzt.

Begründung:

Die EU-Kommission hat in einem Verordnungsentwurf vom 31.12.2021 die Energiegewinnung aus Atomkraft als klimafreundlich eingestuft. Dieser sieht vor, dass bis zum Jahr 2045 erteilte Genehmigungen für neue Atomkraftwerke unter die sogenannte Taxonomieverordnung fallen und entsprechend gefördert werden können. Dies ist gleichbedeutend mit nachhaltigen Wirtschaftsaktivitäten und dient üblicherweise als eine Empfehlung an Investoren. Eine solche Einstufung widerspricht den ökologischen und auch ökonomischen Kriterien und ignoriert die Gefahren und auch die bereits eingetretenen Unglücksfälle in Zusammenhang mit der Nutzung von Kernenergie.

Wiesbaden, 19. Januar 2022

Der Fraktionsvorsitzende:
Günter Rudolph